

Sekretariat Landrat
Rathaus
8750 Glarus

Protokoll

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 29. Juni 2011, um 08.00 Uhr, im Rathaus in Glarus

Vorsitz	Landratspräsident Richard Lendi, Mollis Landratspräsident Matthias Auer, Netstal
Ratsschreiber	Hansjörg Dürst, Ennenda
Protokoll	Josef Schwitter, Glarus

§ 145 Feststellung der Präsenz

Es sind folgende Landratsmitglieder abwesend:
René Brandenberger, Mollis
Alfred Hefti, Mollis
This Jenny, Netstal
Röbi Marti, Riedern
Toni Gisler, Linthal

§ 146 Protokolle

Das Protokoll vom 20. April 2011 ist genehmigt.

§ 147 Traktandenliste

Die Traktandenliste wurde im Amtsblatt vom 23. Juni 2011 veröffentlicht und den Mitgliedern zugestellt. – Sie ist unverändert genehmigt.

§ 148 **Vereidigung von zwei neuen Mitgliedern**

(Berichte Regierungsrat, 26.4.2011 und 31.5.2011)

Ann-Kristin Peterson, 1957, dipl. Betriebswirtschafterin, von Buchs SG, in Niederurnen, legt das Amtsgelübde ab; Mathias Zopfi, 1983, lic. iur., von Glarus Süd, in Engi, leistet den Amtseid. – Es begleiten sie gute Wünsche in das neue Amt.

Sie ersetzen Margreet Vuichard-Waal, Mollis, und Andy Luchsinger, Haslen.

§ 149 **Schlussrede des Vorsitzenden**

Richard Lendi hält nach seinem Amtsjahr als Vorsitzender folgende Ansprache: (s. Beilage).

§ 150 **Wahl des Präsidenten, des Vizepräsidenten und Bestellung des Landratsbüros**

Wahl des Landratspräsidenten

Der einzig vorgeschlagene Matthias Auer, Netstal, begibt sich in den Ausstand.

<i>Wahl</i>	ausgeteilte Stimmzettel	53
	eingegangene Stimmzettel	53
	leere Stimmzettel	–
	in Betracht fallende Stimmzettel	53

Matthias Auer ist mit 53 Stimmen als 126. Ratspräsident und elfter Vertreter aus Netstal (worunter sein Vater) gewählt. Er übernimmt den Vorsitz.

Matthias Auer hält folgende Ansprache: (s. Beilage).

Wahl des Landratsvizepräsidenten

Der einzig vorgeschlagene Fredo Landolt, Näfels, begibt sich in den Ausstand. Für ihn amtiert Martin Landolt, Näfels, für die weiteren Wahlgeschäfte dieses Traktandums als erster Stimmzähler.

<i>Wahl</i>	ausgeteilte Stimmzettel	53
	eingegangene Stimmzettel	53
	leere Stimmzettel	–
	in Betracht fallende Stimmzettel	53

Fredo Landolt ist mit 50 Stimmen als Vizepräsident gewählt. – Er nimmt seinen Sitz ein.

Bestellung des Landratsbüros

Bestätigung der bisherigen Fraktionsvertreter

Die bisherigen Fraktionsvertreter Kaspar Krieg, Niederurnen, Fridolin Hunold, Glarus, Hans Peter Spälti, Netstal, werden in globo wiedergewählt. – Sie werden in dieser Reihenfolge als Stimmzähler amten.

Wahl des vierten Fraktionsvertreters

Der einzig vorgeschlagene Fridolin Luchsinger, Schwanden, begibt sich in den Ausstand.

<i>Wahl</i>	ausgeteilte Stimmzettel	53
	eingegangene Stimmzettel	53
	leere Stimmzettel	4
	in Betracht fallende Stimmzettel	49

Fridolin Luchsinger ist mit 43 Stimmen gewählt. Er ist vierter Stimmzähler.

Das Büro ist gewählt. Die Stimmzähler nehmen ihre Sitze ein.

§ 151

Wahl eines Ersatzmitgliedes der Anwaltskommission

(Bericht Verwaltungskommission der Gerichte, 11.6.2011)

Für den per Ende Juni 2011 zurücktretenden Marco Giovanoli, Ennenda, ist für den Rest der Amtsdauer die Nachfolge als Ersatzmitglied der Anwaltskommission zu bestimmen.

Der von der Verwaltungskommission der Gerichte zur Wahl vorgeschlagene Daniel Anrig, 1976, lic. iur., Niederurnen, ab Juli 2011 auch Nachfolger des zu Ersetzenden als Kantonsgerichtspräsident, wird gewählt.

Der *Vorsitzende* dankt dem Ende Monat aus dem Amt scheidenden Marco Giovanoli für die langjährige Arbeit im Dienste der glarnerischen Justiz und wünscht ihm einen angenehmen Ruhestand und alles Gute für die Zukunft.

§ 152

Genehmigung des Landsgemeindeprotokolls

(Beilage: Protokoll der Landsgemeinde vom 1. Mai 2011)

Das Landsgemeindeprotokoll ist genehmigt.

§ 153

Jahresplanung 2011/2012, Übersicht Landsgemeindegeschäfte 2012

(Bericht Regierungsrat, 29.3.2011)

Thomas Hefti, Schwanden, weist auf beantragte und vermutlich zur Beantragung vorgesehene Stellenerhöhungen oder Umwandlungen von befristeten in definitive Stellen hin. Dafür verantwortlich sind die im Bericht erwähnten Vorhaben und vor allem vom Bund und dessen Parlament zur Umsetzung Auferlegtes, wie Zitate aus dem jüngsten Regierungsbulletin belegen: „Bundesrechtliche Vorgaben und Rechtsprechung erhöhen Aufwand und Anforderungen eher noch. – Auf die Landsgemeinde 2012 sind fünf Vorlagen zu erarbeiten...“ Die deswegen erfolgenden Stellenbegehren werden wiederum gut begründet sein. Zudem zu beachten aber ist, dass sich die Umsetzungsarbeiten immer auch auf die Gemeinden auswirken. – Die einst gesetzten Benchmarks sind, wie anderes, Makulatur geworden.

Der Rat hat von der Jahresplanung und der Übersicht der Landsgemeindegeschäfte 2012 Kenntnis genommen.

§ 154

Erhöhung Stellenplan Departement Finanzen und Gesundheit

(Berichte Regierungsrat, 24.5.2011; Kommission Finanzen und Steuern, 9.6.2011)

Eintreten

Thomas Kistler, Niederurnen, Kommissionspräsident, dankt allen, vor allem dem temporären Kommissionspräsidenten Richard Lendi, für das Verständnis und die kurzfristige Übernahme des Vorsitzes.

Es will die Leitung des Departements Finanzen und Gesundheit verstärkt werden. Einzig in ihm hat die Departementssekretärin neben dem Sekretariat noch eine Hauptabteilung zu führen. Für diese zwei Funktionen soll das Pensum von 100 auf 160 Prozent erhöht werden. Der Anschein, es werde für die Amtsinhaberin, die ihr Pensum aus Familiengründen auf 60 Prozent reduziert, eine neue Stelle gebildet, trifft nicht zu. Die Kommission lobt ausdrücklich Einsatz und Kompetenz von Daniela de la Cruz, deren Wissen, Erfahrung und Einsatzbereitschaft für den Kanton zu sichern sind. Die wichtigsten Gründe für die Aufstockung, bzw. Aufteilung in eine Stelle Departementssekretariat und eine neue Stelle Hauptabteilungsleitung sind: wichtiger werdendes Controlling Spitalfinanzierung, Gespräche mit Krankenversicherern, Pflegefinanzierung, Hausarztwesen, Spitäler, Heime usw. Stärkere Betreuung dieser Bereiche ist wertvoll und vielleicht sogar finanziell lohnend. Auch ist die Trennung von Leitung Hauptabteilung Gesundheit (die um viel Geld verhandelt) und Departementssekretariat Finanzen sinnvoll. – Netto betrage die Stellenerhöhung nur 40 Prozent, weil beim Lebensmittelinспекtorat 20 Prozent weggefallen seien; da dies ohnehin geschah, beträgt die Erhöhung gleichwohl 60 Prozent. – Bei der Aufteilung der Stellenprozente auf Hauptabteilungsleitung und Departementssekretariat soll richtigerweise auf die Bewerbungen Rücksicht genommen werden können.

Namens der Kommission beantragt T. Kistler Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates und dankt allen an Erstellung und Beratung der Vorlage Beteiligten.

Fridolin Staub, Bilten, Kommissionsmitglied, äussert sich namens der SVP-Landratsfraktion zustimmend. – Das Stellenbegehren ist begründet, und die Umorganisation rüstet das Departement für die kommenden Herausforderungen. Die Aufgabenentflechtung Kanton/ Gemeinden betrifft das Departement Finanzen und Gesundheit kaum, doch ist darauf hinzuweisen, dass der Personalbestand der kantonalen Verwaltung der neuen Situation nächstens angepasst werden muss.

Christian Marti, Glarus, kämpft dagegen an und beantragt, auf die Erhöhung zu verzichten. – Masshalten bezüglich Stellenbegehren ist absolut zwingend. Der Rat ist verpflichtet, eine Situation zu verhindern, wie sie anfangs Jahrhundert herrschte. Es darf nicht vergessen werden, wie der von Stellenerhöhungen mit beeinflusste Kantonshaushalt rasch aus dem Gleichgewicht geraten kann und enorme Anstrengungen und schwierige Einschnitte erst wieder zur finanziellen Gesundung führen. Auch die kantonale Verwaltung streckt sich nach der Decke, was ausdrücklich ebenfalls im Departementssekretariat Finanzen und Gesundheit in anzuerkennender Weise geschieht. So vermochten Gemeinden und Kanton die Aufgaben bisher gut zu erfüllen, was ein Qualitätsmerkmal darstellt. – Zudem ist von der einst geltenden Regel, Stellenerhöhungen ausschliesslich innerhalb der Budgetdebatte zu behandeln, nicht abzuweichen. Die Kenntnis von Voranschlag und Finanzplan erlaubt eine bessere Güterabwägung und ermöglicht klareres Einschätzen, wie sich beantragte Stellen auswirken. Heute liegen nachvollziehbare Argumente nur für Stellenerhöhungen vor, nicht aber über die finanziellen Auswirkungen, und weitere Begehren werden nach den Sommerferien folgen. – Der Landrat hat dem Einhalt zu gebieten. Die Angestellten der kantonalen Verwaltung werden bereit sein, ihre Aufgaben weiterhin zur Zufriedenheit aller wahrzunehmen.

Auf Rückfrage des *Vorsitzenden*, ob es sich um einen Nichteintretens- oder einen Ablehnungsantrag handle, erklärt *C. Marti*, er beantrage Ablehnung.

Richard Lendi, Mollis, Vorsitzender der Kommissionssitzung, setzt sich für Zustimmung ein. – Er zitiert aus seiner Abschiedsrede nochmals Konrad Adenauer: „Besinnt euch auf eure Kraft und darauf, dass jede Zeit ihre eigenen Antworten will.“ Die Kommission ist nach intensiver Auseinandersetzung mit dem Begehren von der Notwendigkeit der Stellenerhöhung überzeugt. Im Gesundheitswesen wird wegen der neuen Pflegefinanzierungs- und Fallpauschalenregelungen sehr viel ändern. Ablehnung hiesse, am falschen Ort zu sparen.

Regierungsrat *Rolf Widmer* dankt der Kommission, vor allem Richard Lendi, für die sachliche Diskussion, die ohne Kommissionspräsident und -vizepräsident stattfand; Beispiel für die ausserordentliche Flexibilität des Landrates. – Das Departement Finanzen und Gesundheit ist sich bezüglich Masshalten seiner Vorbildfunktion bewusst. Es ist das einzige, das die Doppelfunktion Sekretariat-/Hauptabteilungsleitung kennt. Fällt die verantwortliche Person jedoch aus, wird der operative Teil der Hauptabteilung geschwächt, ja stillgelegt, da keine Stellvertretung möglich ist; z.B. müssten die Kostengutsprachen ausserkantonaler Hospitalisationen, die rund 10 Millionen Franken betragen, ungeprüft bleiben, womit sehr schnell zehntausende von Franken unentdeckt bleiben können. Zudem würden allenfalls wegen mangelnder Ressourcen die Sicherheit beeinträchtigt (Lebensmittel, Seuchen wie Vogelgrippe, Antibiotikaresistenz) und Bundesvorgaben (Spitalbereich, Aufgaben Kantonsärzte) beeinträchtigt. – Im Vergleich mit anderen Kantonen bleibt die Hauptabteilung Gesundheit selbst bei Zustimmung am bescheidensten besetzt und der Grundsatz „Masshalten“ erfüllt, der für alle ähnlichen Begehren zu gelten hätte.

Detailberatung

Abstimmung: Dem Regierungsantrag ist zugestimmt; der Stellenplan des Departements Finanzen und Gesundheit ist unbefristet um 40 Stellenprozent erhöht.

§ 155 Sanierung Energiezentrale Kantonsspital

(Berichte Regierungsrat, 5.4.2011; Kommission Bau, Raumplanung und Verkehr, 6.4.2011)

Eintreten

Emil Küng, Obstalden, Kommissionspräsident, begründet den knappen Kommissionsbericht, mit ausführlichem regierungsrätlichem Bericht und grundsätzlicher Zustimmung der Kommission. Diese erachtet die Sanierung der Energiezentrale als Ersatzmassnahme und damit als gebundene Ausgabe, die wegen der Rückweisung des Globalkredites an der Budgetberatung 2011 ausserhalb des Hochbauprogramms zu beraten ist. Die separate Behandlung vermag ein Zeichen zu Gunsten des Kantonsspitals zu setzen, indem es ihm Planungssicherheit bezüglich Magnetresonanz und Computertomografie gibt; mit rund 18'000 Untersuchungen ist es wichtig, die Zukunft der Radiologie-Abteilung regeln zu können. Die neue Energiezentrale sichert den Wärme- und Kältebedarf mithilfe des Grundwassers. Der Verbrauch an fossiler Energie soll deutlich reduziert und der CO₂-Ausstoss um jährlich 500 Tonnen reduziert werden. Weitergehender Einsatz von Holz- und Solarenergie wurde zwar geprüft, aber nicht gewählt. Es könnte also auch von einer Energievorlage, einem Bekenntnis zu vermehrtem Einsatz erneuerbarer Energie, gesprochen werden.

E. Küng empfiehlt namens der einstimmigen Kommission Eintreten und Zustimmung. – Er dankt allen an der Vorbereitung des Geschäfts Beteiligten für ihre Arbeit.

Landammann *Röbi Marti* dankt der Kommission, insbesondere dem Präsidenten, für den Einsatz. – Die Sanierung der Energiezentrale ist unbestritten nötig. Innerhalb der Gesamt-sanierung von 1993 bis 2004 blieb die Wärme- und Kälteerzeugung unberücksichtigt. Auch das Departement Bau und Umwelt nimmt eine Vorbildfunktion wahr: jene bezüglich Ökologie und Energie. Wird heute der Energiebedarf noch aus nicht erneuerbarer Energie gedeckt, wird die Sanierung den Verbrauch fossiler Energie massiv senken.

Namens des Regierungsrates beantragt der Landammann Zustimmung, die er herzlich verdankt.

Detailberatung

Abstimmungen: In je separater Abstimmung wird den beiden Antragziffern zugestimmt. – Es sind die Sanierung der Energiezentrale des Kantonsspitals für 4,17 Millionen Franken und der Budgetkredit 2012 von 3'285'000 Franken genehmigt.

§ 156 Änderung der Konzession für die Ausnützung der Wasserkraft der Linth in Mitlödi zwischen der Ennetlinthbrücke und dem Linthkrumm (Seidendruckerei)

(Berichte Regierungsrat, 24.5.2011; Kommission Energie und Umwelt, 14.06.2011)

Eintreten

Peter Zentner, Matt, Kommissionspräsident, erinnert an den Entscheid des Landrates, die Restwassermenge entgegen dem Kommissionsvorschlag von 2500 auf 2000 Liter zu senken, worauf die Umweltverbände Beschwerde beim Bundesgericht erhoben. Nachdem sich

dieses als nicht zuständig erklärte, liegt die Einsprache nun beim Verwaltungsgericht, das sich dazu noch nicht äusserte. Der Antragsteller wiederum reichte Einsprache wegen des Heimfalls ein, wozu im Herbst ein Entscheid vorliegen wird. – Bezüglich der Ökologie vermochten sich Konzessionär und Umweltverbände zu einigen. Diese ziehen ihre Einsprache zurück, sofern der Landrat die Konzession gemäss Antrag betreffend Restwassermenge, Monitoring und Ausgleichsmassnahmen ändert. – In der Kommission blieb Eintreten nicht unbestritten. Störend sei das Verhalten des Gesuchstellers, der während der Konzessionsverhandlungen 2500 Liter als Restwassermenge als wirtschaftlich untragbar bezeichnete, es nun aber akzeptiere. Da dies aber einzig dessen Sache sei, wurde der Nichteintretensantrag abgelehnt. Der Antrag auf Rückweisung an die Regierung mit dem Auftrag, ebenfalls eine Einigung für den Heimfall zu finden, wurde abgelehnt, weil damit auch das Umweltsachen Gerichtssache würde. – Inhaltlich blieb die Änderung unbestritten.

P. Zentner beantragt namens der Kommission Eintreten und Zustimmung, um den Bau möglichst bald verwirklichen zu können. – Er dankt allen an der Vorbereitung der Vorlage Beteiligten, vor allem Stephanie Züger-Legler, die während der vergangenen Jahre als Protokollführerin wirkte und nun den Arbeitgeber wechselt.

Karl Mächler, Ennenda, spricht sich namens der BDP-Landratsfraktion für Zustimmung zu beiden Konzessionsänderungen aus. – Die Beschwerden gelten einerseits den Heimfallregelungen, andererseits den ökologischen Massnahmen, insbesondere den Restwassermengen. Der Heimfall steht nicht zur Diskussion, darüber wird das Verwaltungsgericht entscheiden; ob er damit wirklich entschieden ist, kann offen bleiben. Wichtig zu wissen ist, dass bei einer allfälligen Änderung der Heimfallregelung die ganze Konzession neu verhandelt werden muss. – Betreffend der ökologischen Massnahmen einigten sich die Parteien nach harten und mit grossem Einsatz geführten Verhandlungen. Das Ergebnis ist nun zu genehmigen, und es darf vom Landrat nicht zu Gunsten der einen oder anderen Seite verändert werden, da dies zu einer weiteren Beschwerde führen könnte.

Bruno Gallati, Näfels, zeigt sich namens der CVP-Landratsfraktion mit beiden Konzessionsvorlagen einverstanden. – Für künftige Konzessionsgesuche haben aber nach wie vor die gesetzlichen Restwassermengen Grundlage zu sein. Die beiden Ausnahmen dürfen nicht zur Regel werden, sondern es ist jedes Gesuch im Einzelnen zu prüfen. Sollten die gesetzlichen Vorgaben heutigen Ansprüchen nicht mehr genügen, wären sie anzupassen um Klarheit und Rechtsgleichheit für alle zu gewährleisten.

Landammann *Röbi Marti* dankt der Kommission, vor allem dem Präsidenten, dessen Dankeshinweis er gerne weitergeben wird. – Er erläutert, mit der Vorlage bleibe die Heimfallregelung offen, die Gegenstand des vor Verwaltungsgericht hängigen Beschwerdeverfahrens ist. Der Regierungsrat wird, liefe etwas nicht im Sinne der Behörden, die Konzession dem Landrat nochmals als Ganzes unterbreiten. – Die Restwassermenge im wichtigsten Glarner Gewässer, das bereits 17 Kleinkraftwerke antreibt, wurde nochmals überprüft. Es ergab sich aus ökologischer Sicht eine Restwassermenge von 2500 Liter als gerade noch genügend. – Gemäss dem Motto „Leben und leben lassen“ ist der Konzessionsänderung zuzustimmen.

Detailberatung

Die Konzessionsänderung unterliegt einer zweiten Lesung.

§ 157

Änderung der Konzession für die Ausnützung der Wasserkraft des Sernf bzw. der Linth zwischen der Au in Schwanden und dem Linthkrumm in Mitlödi (Doppelpower)

(Berichte Regierungsrat, 24.5.2011; Kommission Energie und Umwelt, 14.6.2011)

Eintreten

Peter Zentner, Matt, Kommissionspräsident, erläutert, für die zweite Konzessionsänderung gelte Ähnliches, wie für die soeben Beschlossene. Die Kommission schlägt jedoch noch vor, Artikel 11 Absatz 2 aufzuheben, da die Aussage praktisch dem neuen Artikel 7^a entspricht, und in der synoptischen Darstellung sind die Ausgleichsmassnahmen am Grützbächlein nicht erwähnt. – Der Kommissionspräsident beantragt Eintreten und Zustimmung.

Fridolin Staub, Bilten, Kommissionsmitglied, beantragt namens der SVP-Landratsfraktion Eintreten und Zustimmung. – Dies obschon bedauert wird, dass durch die Änderungen der beiden Konzessionen einiges Energiepotenzial verloren geht. Der erste Entscheid war weise und vorausschauend, wenn die Erkenntnisse aus den Fukushima-Ereignissen einbezogen werden. Nun wird er im Einverständnis von Umweltverbänden, Investor und Departement verschlechtert. Das Potenzial zur Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen ist zu optimieren, wozu die Behandlung des Energierichtplans Gelegenheit bieten wird.

Detailberatung

Auf Anfrage des *Vorsitzenden* erklärt Landammann *Röbi Marti* namens des Regierungsrates Einverständnis mit dem Kommissionsantrag betreffend Aufhebung von Artikel 11 Absatz 2.

Die Konzessionsänderung unterliegt einer zweiten Lesung.

§ 158

Polizeibericht 2011

(Berichte Regierungsrat, 5.4.2011; Kommission Recht, Sicherheit und Justiz, 9.6.2011)

Eintreten

Fridolin Hunold, Glarus, Kommissionspräsident, beantragt namens der einstimmigen Kommission Eintreten und Zustimmung zum Kommissionsantrag. – Die Entwicklung der Computer- und Handytechnologie wirkt sich auch auf die Polizeiarbeit aus; es gibt kaum mehr Hausdurchsuchungen, ohne Auswertungen von Computer und Handy. Das ist nur eines – nicht das wichtigste, aber vielleicht das anschaulichste – von unzähligen Beispielen, welche die massiven Veränderungen der Polizeiarbeit belegen. Sie ist umfangreicher, schwieriger, belastender geworden und das unbequeme Setzen von Prioritäten führte zu Einbussen bezüglich Umfang und Qualität der Polizeiarbeit. Während alle anderen Kantone den Personalbestand erhöhten, wie eine vom Redner gezeigte Grafik klar erkennen lässt, blieb jener der Kantonspolizei Glarus unverändert. – Der Polizeibericht weist eine Aufstockung um neun Stellen als notwendig aus. Der Regierungsrat fordert aber nur drei. Die Kommission erachtet die Erhöhung um nur 4 Prozent als ungenügend, beantragt aber aus Rücksicht auf die

Finanzen auch nicht neun, sondern als Kompromiss sechs Stellen. So sollen die im Polizeibericht aufgezeigten Massnahmen, z.B. verstärkte Präventionsarbeit, spürbar wirksam werden können.

F. Hunold dankt den aus dem Departement Verantwortlichen, dem Polizeikommandanten und den Kommissionsmitgliedern für die sehr gute Zusammenarbeit.

Peter Rufibach, Riedern, als Ersatzmitglied der Kommission engagiert, stellt sich im Namen der BDP-Landratsfraktion hinter den Kommissionsantrag. – Die Präsenz der Polizei muss insbesondere an neuralgischen Stellen sichtbar höher werden. Immer häufiger fehlt wegen interkantonaler Polizeieinsätze das Personal im Kanton. Auch wenn Glarus noch kein Partykanton ist, so steigt doch die Tendenz dazu, was vermehrter Anwesenheit uniformierter Polizei ruft. Rund-um-die-Uhr-Präsenz wird aber weder möglich noch nötig sein, und es darf kein Polizeistaat entstehen. – Bezüglich Stellenbegehren sind alle Departemente ähnlich zu behandeln. Es kann nicht sein und wäre unseriös, dass eines neun Stellen beantragt aber nur drei erhält. – Der Landrat verfügt über keine operative Kompetenz. Trotzdem sei an den Kommandanten die Forderung gestellt, die zusätzlichen uniformierten Polizeiangehörigen mit den richtigen Prioritäten einzusetzen.

Hans Rudolf Forrer, Luchsingen, Kommissionsmitglied, bittet namens der SP-Landratsfraktion den Polizeibericht in positivem Sinne zur Kenntnis zu nehmen und der Kommission zuzustimmen. – Alle kennen Polizisten und von allen hört man von der Überlastung in dieser wichtigen Abteilung unseres Staates: Burnouts, Motivationsprobleme wegen permanenter Überlastung, Ferienunterbrüche wegen dringendem Aushelfen, Zwölf-Stunden-Schichten in der Einsatzzentrale, Abbau von Dienstleistungen, indem z.B. geprüft wird, Gemeinden bei Einbürgerungen nicht mehr zu unterstützen. Persönlich stösst sich der Redner daran, dass seine Schüler ein Jahr auf die Korrekturen des Verkehrstests warten mussten, weil der hervorragende Arbeit leistende zuständige Polizist es nicht schaffte, sie auszuführen; H.R. Forrer wäre bereit dabei mitzuhelfen. Als einstiger Gemeindepräsident erinnert er an die Forderung der einstigen Gemeindepräsidentenkonferenz, bezüglich Sicherheit, insbesondere im Hauptort, weitergehende Massnahmen zu treffen. – Die Fraktion hörte gerne, welchen Bereichen die neuen Stellen zugeordnet werden wollen; für sie ist klar: Entlastung des Personals, nicht zu reinen Repressionszwecken, innerhalb des Kantons und nicht zusätzlich beim WEF in Davos, an Fussballspielen in St. Gallen oder anderen Konkordateinsätzen. – Die Erhöhung des Personalbestandes ist der Rat Mitarbeitenden und Mitbürgern schuldig.

Peter Rothlin, Oberurnen, Kommissionsmitglied, schliesst sich namens der SVP-Landratsfraktion dem Kommissionsantrag an. – Es ist alles Notwendige zu unternehmen, um die öffentliche Sicherheit und das Funktionieren der Kantonspolizei zu gewährleisten. Der Kanton hat den öffentlichen Raum zu schützen. Die öffentliche Sicherheit zählt zu seinen Kernaufgaben. Strassen, Plätze und Bahnhöfe müssen sicher sein. Kommt der Eindruck auf, dies sei nicht mehr der Fall, sinkt die Zivilcourage, und es wird weggeschaut, wenn Vandalismus, Randalie, Gewalt passieren. Soweit darf es nicht kommen. Die uniformierte Polizei muss mehr präsent sein, und nur die substanzielle Erhöhung um sechs Stellen ermöglicht rechtzeitiges Eingreifen der Polizei. – In den vergangenen Jahren taten alle Beteiligten für die öffentliche Sicherheit zu wenig. Der Korpsbestand der Kantonspolizei blieb tief. Der Polizeibericht zeigt, welchen neuen Anforderungen gerecht zu werden ist und dafür eigentlich neun Stellen nötig wären. Bei der Polizei darf nicht weiter gespart werden. Es bezahlte sonst nicht mehr allein das Korps einen hohen Preis für die Sparübungen sondern auch die Bevölkerung.

Franz Landolt, Näfels, beantragt, gemäss Regierungsantrag den Stellenetat um drei Stellen zu erhöhen. – Bedarf für eine massvolle Erhöhung des Personalbestandes und grössere Aufgabenvielfalt ist unbestreitbar. Die Forderung nach mehr Polizeistellen und -präsenz ist populär. Die Angst schürenden Medienberichte steigern nicht nur Auflagen und Einschaltquoten sondern lassen Wähleranteile gewinnen. Die Statistiken im Bericht belegen aber weder bezüglich Kriminalität noch Unfällen Steigerungen. Es besteht diesbezüglich kein

Handlungsbedarf; Glarus ist und bleibt eine ruhige Gegend. Jede Organisation neigt dazu, mehr Personal zu fordern, strebt nach Ausdehnung, Wachstum. Dem entgegenzuwirken braucht Kraft, ist aber nötig, auch um Vorwürfen zu begegnen, es werde am falschen Ort gespart. Die letzte grosse, schmerzhaft Sparrunde, welche den Personalbestand der Kantonspolizei auf 68 plafonierte, beweist es. Aufgabe ist es, die Finanzen im Lot zu behalten, denn es braucht keine hellseherische Gabe, um zu erkennen, dass eine nächste Sparrunde nötig sein wird. Kanton und Gemeinden werden mit weniger Mitteln mehr zu bewältigen haben, was Steuererhöhungen rufen wird, ausser es werde rechtzeitig Mass gehalten.

Siegfried Noser, Oberurnen, Kommissionsmitglied, widerspricht und äussert sich zu Gunsten des Kommissionsantrages. – Wegen der Personenfreizügigkeit leben bei uns Menschen aus allen Herrenländern, zu denen noch viele Asylbewerber hinzu kommen. Gewalt- und Straftaten nahmen in den vergangenen Jahren massiv zu. Deswegen sind sechs statt drei weitere Polizeibeamte anzustellen. – Laut Bericht verzeichnete die Kantonspolizei bei der Kriminalitätsbekämpfung ausgezeichnete Erfolge. Trotzdem ist mehr Polizeipräsenz nötig, z.B. rund um den Bahnhof Glarus, wo Angehörige aller Altersklassen herumlungern und verunsichernd wirken. Auch das Aufräumen der grossen Unordnung im Volksgarten kostet viel Geld. Für die Personenkontrollen braucht es mehr Polizisten, um zu verhindern, dass sich einige aus dem Staub machen können, die eigentlich in Gewahrsam genommen gehörten.

Marco Hodel, Glarus, Kommissionsmitglied, unterstützt den Kommissionsantrag. – Der Polizeibericht belegt den Handlungsbedarf. Es kann nicht sein, dass einzig der Kanton Glarus innert den letzten zwanzig Jahren den Korpsbestand der Polizei nicht erhöhte, obschon das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung stieg, die Ermittlungen bei der Wirtschaftskriminalität aufwändiger wurden, neue Deliktformen (Internet) hinzukamen, Gewalt und schwere Delikte markant zunahmen, der Bedarf für Prävention und Verkehrsunterricht wuchs. – Die Polizeiangehörigen müssen vielfach bis über die Belastungsgrenze hinaus arbeiten. Tage mit zwölf und mehr Stunden im Einsatz sind keine Seltenheit. Dies darf nicht zum Dauerzustand werden. Vorgeschriebene Arbeiten mangels personeller Ressourcen einfach nicht mehr zu erfüllen, wirkte sich verheerend aus. Für die Erfüllung der Kernaufgabe „öffentliche Sicherheit“ hat der Staat die benötigten Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Aus finanziellen Gründen darauf zu verzichten, widerspräche der Verantwortung gegenüber der Bevölkerung.

Christian Marti, Glarus, befürwortet namens der FDP-Landratsfraktion Eintreten. – Er bedankt sich für den ausführlichen und informativen Bericht, der eine gute Grundlage für den Dialog Kanton/Gemeinden betreffend Aufrechterhaltung und Verbesserung der öffentlichen Sicherheit gibt. Wie viele Mehrstellen auch bewilligt werden mögen: Sie müssen auf der Strasse spür- und wahrnehmbar sein. Der zusätzliche finanzielle Aufwand darf nicht irgendwo verpuffen, sondern hat die Sicherheitsbedürfnisse zu berücksichtigen. Zudem sind Präventionsmassnahmen zu prüfen und umzusetzen. Die Landratsmitglieder müssen sich als politisch Verantwortliche bewusst sein, dass zwar sehr viele Erwartungen und Hoffnungen mit der Personalerhöhung verbunden sind, damit aber nicht alle Probleme gelöst, alle negativen Entwicklungen aus der Welt geräumt werden können. Dies ist der Bevölkerung deutlich zu machen. – Als Gemeindepräsident versichert der Redner, die Gemeinden seien gerne bereit, mit dem zuständigen Departement die über die blosserhöhung des Personalbestandes herausführenden Themen zu bearbeiten.

Andy Kreis, Glarus, spricht sich für die Grüne Fraktion zu Gunsten des keinesfalls populistischen Kommissionsantrages aus. – Neckisch bemerkt er, vielleicht hülfe der Halbstundentakt gegen das Herumlungern bei den Bahnhöfen. – Als Jurist, Lehrer und Erziehungsberechtigter geht es ihm vor allem um den Vollzug des Rechts. Bleibt Fehlverhalten folgenlos, werden Regeln, Ge- und Verbote nicht ernst genommen, nicht befolgt; das gilt ebenfalls für den ruhenden Verkehr, die Kontrolle der Blauen Zonen, dem Parkieren bei Kreuzungen. – Der Politik steht es hingegen nicht zu, Druck auf das Korps und den Kommandanten auszuüben und Vorgaben für den Einsatz zu machen. Es ist darauf zu vertrauen, dass die weiteren Polizisten sinnvoll am richtigen Ort eingesetzt werden.

Benjamin Mühlemann, Mollis, kann den Kommissionsantrag mit Blick auf den Staatshaushalt nur mit ungutem Gefühl unterstützen. – Die Kriminalität nahm nicht zu. Gestiegen sind die Sicherheitsbedürfnisse der Bevölkerung und die subjektive Wahrnehmung veränderte sich negativ. Dem Vorredner ist daher zu entgegnen, dass es sehr wohl Aufgabe des Landrates ist, Vorgaben zu machen. – Der nächste Polizeibericht hat von einem klar besseren Sicherheitsgefühl der Bevölkerung Kenntnis zu geben. Der Landesstatthalter soll seinem Polizeikorps mit auf den Weg geben: Die neuen Leute gehören an die Front, die verstärkte Polizeipräsenz muss spürbar sein und zwar nicht nur bei Parkbussen.

Fridolin Hunold ersucht um Ablehnung des Antrages Landolt. – Es geht nicht nur um Popularität, sondern darum zu erkennen, dass die Polizisten und Polizistinnen mit dem Erfüllen der vorgegebenen Aufgaben an der Grenze ihrer Belastbarkeit sind. Unbefriedigend ist für sie, aufgrund des Personalmangels Erwartungen nicht erfüllen, Straftaten nur schriftlich erfassen statt durch Ermittlung erledigen zu können. Das Umfeld hat sich sehr wohl verändert, wie die in allen anderen Kantonen erhöhten Stellenetats beweisen. Der blosse Vergleich der Fallzahlen bei der Kriminalität sagt nicht alles aus; es stiegen die aufwändigen Fälle deutlich. Die Delikte gegen Leib und Leben sind so hoch wie noch nie, und die Wirtschafts- sowie die Internetkriminalität nahmen ebenfalls zu. Die sich auf die Finanzen beschränkenden Gegenargumente überzeugen nicht. Umso mehr als jährlich 90'000 Franken für ausserkantonale Einsätze und für das Erfüllen von Aufgaben für den Bundesnachrichtendienst in die Staatskasse fliessen. – Es handelt sich nicht um eine Ausdehnung sondern um das Aufholen von während zwanzig Jahren Vernachlässigtem.

Landesstatthalter *Andrea Bettiga* dankt der Kommission unter ihrem Präsidenten für die lösungsorientierte Arbeit. – Als er vor drei Jahren das Departement übernahm, wurde er mit der Forderung nach mehr Polizistenstellen konfrontiert, begründet vor allem mit: seit zwanzig Jahren unveränderter Bestand bei steigenden Anforderungen; vielfältiger, anspruchsvoller gewordene Aufgaben; grösserer Dienstleistungsanspruch der Bevölkerung. Die Lösungssuche geschah anhand der Prüfung von drei Schwerpunkten: Optimieren Prozesse und Ressourcen; Situationsanalyse; Vergleich mit den anderen Kantonen, wozu die gleichzeitige Untersuchung der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren zusammen mit den Polizeikommandanten betreffend Personalbestand und Entwicklungen hilfreich war. Diese ergab übrigens einen gesamtschweizerischen Bedarf von rund 1500 uniformierten Polizeiangehörigen und sagte bis 2020 wegen der Bevölkerungszunahme einen Bedarf von weiteren 700 Stellen voraus. – Der erste glarnerische Polizeibericht stellt eine profunde Analyse der Stärken und Schwächen dar, für welche den Verfassenden Dank gebührt. Seine wichtigste Schlussfolgerung ist: Der Personalbestand der Kantonspolizei ist zu gering, optimal wären neun zusätzliche Stellen.

Der Regierungsrat schlug zwar mit Blick auf die finanzielle Lage lediglich drei Stellen vor, schliesst sich nun aber dem Kommissionsvorschlag auf sechs Stellen an. A. Bettiga ist für die zusätzlichen Stellen ebenso dankbar wie für das Wissen, dass der Landrat bereit ist, in den Bereich Sicherheit als Bestandteil von Lebensqualität und Standortvorteil zu investieren. – Zu hoffen bleibt, der Landrat erweise sich bei notwendigen, aber weniger im Blickfeld der Öffentlichkeit stehenden Stellenbegehren ebenfalls grosszügig.

Detailberatung

Auf Anfrage des *Vorsitzenden* hält *Franz Landolt* seinen Antrag aufrecht.

Abstimmung: Der Antrag Landolt ist abgelehnt; der Kommissionsantrag ist angenommen. – Der Stellenetat der Kantonspolizei liegt bei 77 (inkl. drei vom Bund finanzierten) Stellen.

§ 159

Motion Erich Leuzinger, Riedern, „Einführungsgesetzgebung zum Opferhilfegesetz (OHG)“

(Bericht Regierungsrat, 10.5.2011)

Hans Peter Spälti, Netstal, erklärt, es werde eine Motion aus längst vergangenen Tagen abgeschrieben, dessen Einreichung nicht manche der Anwesenden miterlebten. Was 1996 mit der Einreichung der Motion für ein Opferhilfegesetz begann, endet mit dem Inkrafttreten der Strafprozessordnung, bzw. durch eigentlich unhaltbaren Zeitablauf. Nicht dass sich die Welt seither nicht weiter gedreht hätte, aber der politische Wille war offenbar zu schwach, um eine gesetzliche Grundlage für die sich in einer Notsituation befindenden Personen zu schaffen. – Als Kommentar sei Hamlet zitiert: Der Rest ist Schweigen!

Die Motion ist als erfüllt bzw. erledigt abgeschrieben.

§ 160

Interpellation Martin Landolt, Näfels, "Greater Zurich Area"

(Bericht Regierungsrat, 1.3.2011)

Martin Landolt dankt für die zügige Beantwortung. – Die Greater Zurich Area (GZA) war schon verschiedentlich Thema im Landrat. Die Grundskepsis der GZA-Mitgliedschaft gegenüber, die M. Landolt mit anderen teilt, vermochte der Regierungsrat immer wieder mit guten Argumenten zu beschwichtigen. Inzwischen aber wird die GZA von einigen Mitgliedskantonen kritisiert, zeichnet doch eine Studie ein düsteres Bild: von 2005 bis 2008 total 133 Ansiedlungen, davon eine einzige Kleinstansiedlung im Kanton Glarus. In der gleichen Zeit gelangen unserer eigenen Wirtschaftsförderung 22 Ansiedlungen; in einem Privatunternehmen würden wohl die für den Beitrag benötigten Mittel statt in die GZA in die eigene Stelle investiert. – Organisation und Strukturen, eine Dauerbaustelle der GZA, werden nun unter Beizug eines externen Unternehmensberaters überprüft. Die Gelder werden erneut für interne Massnahmen statt für Akquisitionen genutzt. – Das meiste des bisher zu Gunsten der GZA-Mitgliedschaft Angeführten ist entkräftet, weswegen neue Argumente dafür gebastelt werden. Anscheinend profitieren auch wir von nicht hier sondern in Zürich angesiedelten Unternehmen, da deren Angestellte allenfalls bei uns wohnen oder Ferien machen... Unsicher ist ob, es dazu einer GZA-Mitgliedschaft bedarf, die schöneredet zu werden scheint. Ehrlicher wäre es, eine Schlussfolgerung zu ziehen und diese ohne landrätliche Hilfe umzusetzen. – Der Beitrag stellt eher einen Gönnerbeitrag an die Wirtschaftsförderung des Kantons Zürich dar, dessen Vertretungen sich aber bei der Diskussion um den Finanz- und Lastenausgleich im Bundesparlament keineswegs solidarisch zeigten und statt über die eigene Region hinaus nur bis zur eigenen Nasenspitze sahen; eine unsympathische Sicht, aber vielleicht in diesem Fall auch einmal von uns anzuwenden.

§ 161

Interpellation Martin Landolt, Näfels, "Interpellation KPMG"

(Bericht Regierungsrat, 26.4.2011)

Martin Landolt dankt für die Antwort, die so lautet, wie er sie erwartete. Er bezweifelt weder die Kompetenz der KPMG noch einen rein sachlichen Entscheid des Regierungsrates, der jedoch störend war. M. Landolt erhielt ungewöhnlich viele Reaktionen von Leuten, welche den Entscheid nicht verstanden. Denn wenn man von einer Dienstleistung enttäuscht wird, berücksichtigt man nicht umgehend wieder den gleichen Anbieter, auch wenn es sich um ein anderes Produkt handelt. Es mangelte dem Regierungsrat an Fingerspitzengefühl, und wohlthuend wäre es gewesen, wenn er in seiner Antwort zugegeben hätte, dass sein Vergabeentscheid angesichts der Situation nicht ganz optimal war.

§ 162

Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf den an der Sitzung aufgelegten Amtsbericht 2010 und empfiehlt ihn zur Lektüre. – Anschliessend trifft sich das erweiterte Büro, um die nach den beiden Rücktritten nötig gewordenen Ersatzwahlen in die ständigen Kommissionen vorzunehmen.

Dem nach der Landsgemeinde zurückgetretenen Andy Luchsinger dankt er für das für Land und Volk Geleistete und wünscht ihm einen angenehmen landrätlichen Ruhestand und für die Zukunft alles Gute.

Patrik Rohr, Netstal, wird für die Silbermedaille über 2000 m Steeple an den Schweizer Meisterschaft Kategorie U20 gratuliert und der kantonalen Verwaltung für den Sieg im Firmenvolleyballturnier.

Die Fraktionen wählten für ihre Ausflüge als Ziele: SVP Kraftwerkbaustelle Spinnerei Linthal und Tierfehd; FDP Axpo Kraftwerk am Löntsch und „Elggis“ in Netstal; BDP Äugstenbahn und Uschenriet, Ennenda; SP Rütihof, Mitlödi, und Stadtführung Glarus; Grüne Exkursion ins Krauchtal mit Orientierung über Projekte im Bereich Naturgefahren und Naturschutz, Matt; CVP Hinweise zu Glarus auf dem Bergli und Ausstellung über den Brand von Glarus.

M. Auer weist auf die nächste Sitzung hin, die am 24. August 2011 stattfinden wird, und wünscht eine gute Sommerzeit.

Schluss der Sitzung: 10.45 Uhr.

Die Präsidenten:

Der Protokollführer: